



Die tatsächliche Entwicklung des Geschäftsfelds digitale Mittelstandsfinanzierung und der creditshelf kann aufgrund der beschriebenen Chancen und Risiken insbesondere vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung der Corona-Pandemie sowie des Ukrainekriegs sowohl positiv als auch negativ von unseren Prognosen abweichen (siehe hierzu Risiko- sowie Chancenbericht in den Kapiteln 2.4.2. und 2.4.3.). Mögliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf werden indes beobachtet und können eine Anpassung der Prognose zur Folge haben.

Die aus der Prognose resultierende Finanzierungslücke wird durch den am 04. Januar 2021 zwischen der creditshelf Aktiengesellschaft und der Obotritia Capital KGaA geschlossenen Gesellschafterdarlehenrahmenvertrag nebst Nachtrag vom 9. März 2021 mit einem Gesamtbetrag von bis zu 8 Mio. EUR mehr als gedeckt. Unter Berücksichtigung einer bis zum 31. Dezember 2023 geltenden 12-monatigen Kündigungsfrist des Darlehensvertrags sieht der Vorstand die Liquidität des Konzerns für die 12 Monate ab Aufstellungsdatum dieses Abschlusses als gesichert und die Unternehmensfortführung entsprechend als gewährleistet an. Zum Datum dieses Berichts war das Darlehen ungekündigt.

2.6. Erklärung zur Unternehmensführung

2.6.1. Erklärung zur Unternehmensführung nach §§ 289f und 315d HGB⁴³

Nachfolgend berichten wir über die wesentlichen Grundzüge der Unternehmensführung der creditshelf Aktiengesellschaft einschließlich der Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex und weiterer Angaben nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches.

Entsprechenserklärungen zu den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex macht die Gesellschaft nach deren Veröffentlichung mindestens fünf Jahre lang auf ihrer Internetseite verfügbar. Zur Einsicht der jeweils aktuellen Fassungen der Entsprechenserklärung sei an dieser Stelle daher auf die Investor Relations Webseite der Gesellschaft verwiesen:

<https://www.creditshelf.com/de/investorrelations/corporate-governance>

Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Bei der creditshelf Aktiengesellschaft obliegt dem Vorstand die Verantwortung für die Strategie und Steuerung des Konzerns. Der Aufsichtsrat berät den Vorstand und überwacht dessen Geschäftsführung. Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten im Interesse des Unternehmens eng

⁴³ Abschnitt 2.6.1 war nicht Gegenstand einer inhaltlichen Prüfung durch den Konzernabschlussprüfer bzw. den Prüfer des Jahresabschlusses der creditshelf AG.



zusammen mit dem Ziel, den Unternehmenswert nachhaltig zu steigern. Dazu berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat regelmäßig, umfassend und zeitnah über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Strategie, der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, der Risikoentwicklung und der Compliance. Ziel- und Planungsabweichungen werden dem Aufsichtsrat erläutert. Die strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Konzerns wird mit dem Aufsichtsrat abgestimmt und erörtert.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats dürfen bei ihren Entscheidungen und im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit für die creditshelf Aktiengesellschaft weder persönliche Interessen verfolgen noch anderen Personen ungerechtfertigte Vorteile gewähren. Im Geschäftsjahr 2021 ist es zu keinen Interessenkonflikten von Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern gekommen.

Vorstand

Im Vorstand der creditshelf Aktiengesellschaft sind der Vorstandsvorsitzende und die gleichberechtigten Vorstände mit den die einzelnen Zentralfunktionen umfassenden Vorstandsressorts vertreten. Dem Vorstand gehörten zum Geschäftsjahresende 2021 zwei Mitglieder an.

Die Steuerung des creditshelf Konzerns erfolgt durch den Vorstand der creditshelf Aktiengesellschaft als Muttergesellschaft. In dieser sind alle Leitungsfunktionen gebündelt. Zu den zentralen Aufgaben des Vorstands gehören die Festlegung der Unternehmensstrategie, die Unternehmensfinanzierung, das Risikomanagement sowie die Steuerung des Vertriebs. Des Weiteren ist der Vorstand für die Aufstellung der Jahres-, Konzern- und Zwischenabschlüsse sowie für die Einrichtung und Überwachung des Risikomanagementsystems zuständig. Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevante Themen, u. a. die Planung, den Geschäftsverlauf, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Risikosituation, das Risikomanagements und die Compliance. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen ist der Aufsichtsrat unmittelbar eingebunden. Für solche Entscheidungen sind zudem Zustimmungsvorbehalte des Aufsichtsrats vorgesehen. Der Vorstand sorgt für eine offene und transparente Unternehmenskommunikation.

Der Vorstand führt die Geschäfte der Gesellschaft in eigener Verantwortung. Dabei gilt der Grundsatz der Gesamtverantwortung, das heißt, die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Geschäftsführung. Jedem Vorstandsmitglied sind im Geschäftsverteilungsplan bestimmte Aufgaben zur besonderen Bearbeitung zugewiesen. Bestimmte Entscheidungen, insbesondere solche, bei denen die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich ist oder für die der Vorstand nach Gesetz oder Satzung zuständig ist, sind nach der



Geschäftsordnung dem Gesamtvorstand vorbehalten. Ein Beschluss des Gesamtvorstands ist außerdem in Angelegenheiten herbeizuführen, die dem Vorstand durch ein Vorstandsmitglied zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die Sitzungen des Vorstands finden in regelmäßigen Abständen statt oder wenn besondere Themen dies erfordern. Sie werden vom Vorstandsvorsitzenden oder, bei dessen Verhinderung, vom stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden einberufen. Das einberufende Vorstandsmitglied setzt auch die Tagesordnung fest und leitet die Sitzungen. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn beide Mitglieder geladen sind und beide Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Der Vorstand beschließt einstimmig. Beschlüsse können auch außerhalb von Sitzungen durch Stimmabgabe in Textform oder telefonisch gefasst werden, wenn kein Vorstandsmitglied diesem Verfahren unverzüglich widerspricht. Weitere Einzelheiten sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt.

Mit dem Ziel einer Absicherung in Notfallsituationen sowie eines Talent-Nachfolgemanagements hat der Aufsichtsrat gemeinsam mit dem Vorstand eine langfristige Nachfolgeplanung erarbeitet. Diese sieht folgendes vor: In einem jährlichen Talent Review werden von den Führungskräften Leistung und Potenzial aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von creditshelf einzeln bewertet und eine Nachfolgeplanung diskutiert. Auf dieser Basis plant die Gesellschaft alle weiteren Personalentwicklungsmaßnahmen. Eine Vertretungsregelung im Außenverhältnis trägt der Vorsorge für Notfallsituationen Rechnung. Durch mehrere Prokuristen bleibt die Gesellschaft auch in Notfallsituationen handlungsfähig.

Aktuell hat der Aufsichtsrat keine Altersgrenze für Vorstandsmitglieder festgelegt. Die creditshelf Aktiengesellschaft ist eine junge, im Jahr 2014 gegründete Gesellschaft. Die beiden Co-Gründer bilden den heutigen Vorstand und sind 45 bzw. 46 Jahre alt. Eine Altersgrenze für den Vorstand ist daher derzeit nicht erforderlich.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der creditshelf Aktiengesellschaft bestellt die Vorstandsmitglieder und berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Eine Geschäftsordnung regelt die Aufgaben des Aufsichtsrats, insbesondere die interne Organisation und die Zustimmungserfordernisse des Gremiums bei Vorstandsentscheidungen. Dem Aufsichtsrat gehören zum Veröffentlichungszeitpunkt dieses Geschäftsberichts fünf Mitglieder an.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der creditshelf Aktiengesellschaft verfügen über die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und die fachliche Kompetenz für ihre ausgeübten Tätigkeiten. Zur Evaluierung dieser Kenntnisse, Fähigkeiten und der fachlichen Kompetenz hat der Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2020 ein Kompetenzprofil für das Gesamtgremium erarbeitet. Dieses umfasst



Diversität ebenso wie die fachliche Eignung zu den Themen Innovation, Forschung und Entwicklung, Branche, Finanzen, Investor Relations, Strategie, Personalwesen sowie Aufsicht, Kontrolle und Corporate Governance. In diesem Kompetenzprofil werden auf Basis einer kritischen Selbstbeurteilung die Fähigkeiten der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder aufgezeigt. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat im Oktober 2020 zur Beurteilung der Effizienz der eigenen Gremienarbeit eine Selbstevaluierung durchgeführt.

Diese Selbstbeurteilung wurde intern mit Hilfe eines umfangreichen Fragebogens durchgeführt und von der Leiterin des Bereichs Recht/Personal begleitet. Die Ergebnisse der Selbstbeurteilung bestätigen eine professionelle, konstruktive und von einem hohen Maß an Offenheit geprägte Zusammenarbeit innerhalb des Aufsichtsrats.

Auf Basis des Deutschen Corporate Governance Kodex („DCGK“) misst die Gesellschaft der Unabhängigkeit der Aufsichtsratsmitglieder eine hohe Bedeutung bei. Nach Einschätzung des Aufsichtsrats besteht der Aufsichtsrat aus einer angemessenen Zahl unabhängiger Mitglieder. Mit Ausnahme von Herrn Elgeti, der aufgrund seiner mittelbaren kontrollierenden Beteiligung an der Aktionärin der Gesellschaft Hevella Capital GmbH & Co. KGaA, die nach Kenntnis der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts 37,40 % der Stimmrechte der Gesellschaft kontrollierte sowie seiner mittelbaren kontrollierenden Beteiligung an der Aktionärin der Gesellschaft Obotritia Capital KGaA, die nach Kenntnis der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts 9,14 % der Stimmrechte der Gesellschaft kontrollierte und somit nicht als unabhängig anzusehen ist, sind sämtliche Aufsichtsratsmitglieder unabhängig. Hierbei handelt es sich um die Aufsichtsratsmitglieder Frau Heraeus-Rinnert sowie die Herren Hentschel, Prof. Dr. Schiereck und Dr. Rauhut.

Sitzungen des Aufsichtsrats finden mindestens viermal im Jahr, mit mindestens zwei Sitzungen in einem Kalenderhalbjahr, statt, soweit eine geschäftliche Veranlassung dazu vorliegt oder ein Mitglied des Aufsichtsrats oder des Vorstands dies verlangt. Die Einberufung der Sitzungen erfolgt grundsätzlich durch den Vorsitzenden.

Der Aufsichtsrat ist nur beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Schriftliche, telegrafische, fernmündliche, elektronische oder per Telefax erfolgende Beschlussfassungen des Aufsichtsrats sind zulässig, wenn der Vorsitzende des Aufsichtsrats dies anordnet. Entscheidungen bedürfen grundsätzlich der einfachen Mehrheit. Bei Stimmengleichheit hat der Aufsichtsratsvorsitzende in einer zweiten Abstimmung bei erneuter Stimmengleichheit ein zweifaches Stimmrecht.

Der Aufsichtsrat tagt ohne die Vorstandsmitglieder, sofern der Vorsitzende des Aufsichtsrats im Einzelfall eine entsprechende Anordnung trifft (z.B. soweit dies für eine unabhängige Beratung und



Entscheidungsfindung erforderlich ist). Weitere Einzelheiten sind in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat geregelt.

Im Geschäftsjahr 2021 bildete der Aufsichtsrat keine Ausschüsse. Die Bildung eines Prüfungsausschusses beschloss der Aufsichtsrat zum 01. Januar 2022. Ein Nominierungsausschuss wurde nicht gebildet. Der Aufsichtsrat bestand im Geschäftsjahr 2021 aus fünf Mitgliedern, von denen vier von der Gesellschaft unabhängig sind und die insgesamt über langjährige Erfahrungen mit einem breiten Erfahrungs- und Kompetenzspektrum, insbesondere auch im Finanzbereich, verfügen. Die Kommunikationswege sind kurz und direkt. Die effektive Aufgabenerfüllung des Aufsichtsrats ist auch ohne die Bildung von Ausschüssen sichergestellt. Der Aufsichtsrat ist der Auffassung, dass in dieser Konstellation die Effizienz der Aufsichtsratsarbeit durch die Bildung von weiteren Ausschüssen nicht erhöht würde. Er hält auch zukünftig eine Bildung von weiteren Ausschüssen für nicht erforderlich und wird sich zukünftig auch im Prüfungsausschuss, in seiner Gesamtheit den anstehenden Themen widmen. Die regelmäßige Beurteilung der Qualität der Abschlussprüfung erfolgt durch den Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat hat für seine Mitglieder eine Altersgrenze von maximal 75 Jahren beschlossen, die zukünftig gelten soll. Diese wird einer fortlaufenden Überwachung bezüglich Ihrer Angemessenheit unterliegen.

Unternehmensführungspraktiken, die über gesetzliche Anforderungen hinaus angewandt werden – insbesondere Corporate Compliance

Die Gesellschaft ist sich ihrer unternehmerischen Verantwortung gegenüber Mitarbeitern, Gesellschaft und Umwelt bewusst. Verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln ist für die Gesellschaft eine zentrale Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und langfristigen unternehmerischen Erfolg. Hinsichtlich der unternehmerischen Verantwortung orientiert sich die Gesellschaft an den gültigen rechtlichen Rahmenbedingungen sowie an internen Richtlinien.

Corporate Compliance ist bei der Gesellschaft eine wesentliche Leitungsaufgabe des Vorstands und umfasst Maßnahmen zur Einhaltung gesetzlicher und behördlicher Vorschriften, unternehmensinterner Richtlinien sowie Kodizes. Darin eingeschlossen sind unter anderem Kartell- und Korruptionsvorschriften sowie die Regelungen des Kapitalmarktrechts. Darüber hinaus ist creditsheff seit dem Jahr 2020 Mitglied beim Deutschen Institut für Compliance (DICO). Die Gesellschaft erwartet von allen Mitarbeitern ein rechtlich einwandfreies Verhalten im unternehmerischen Alltag.

Compliance-Themen werden zeitnah und professionell adressiert. Darüber hinaus folgt die Gesellschaft kodifizierten und IT-gestützten Prozessen im Rahmen des Onboardings („Know Your Customer-Prinzip“) für Unternehmen und Investoren, der Vorbereitung der Kreditvergabe durch die



Fronting Bank sowie des Vertragsmanagements und der Kontrolle des Zahlungslaufs. An identifizierten kritischen Punkten ist ein Vier-Augen-Prinzip etabliert. Im Rahmen der kontinuierlichen Optimierung interner Prozesse der Gesellschaft ist ein Internes Kontrollsystem (IKS) etabliert, dass die Prävention, Überwachung und Intervention umfasst. Ein dezidiertes Zugangs- und Rechte-System auf „Need-to-Know“ Basis sichert die Vertraulichkeit von sensiblen Informationen. Die Überwachung von Compliance-relevanten Risiken erfolgt im Rahmen eines standardisierten Entity-Risk-Management (ERM) Prozesses. Mitarbeiter der Gesellschaft erhalten für relevante Regelungen (Policy-), Verfahren (Procedure-) und Compliance-Themen entsprechende Dokumentationen und Schulungen. Die bestehenden Regelungen und Verfahren (Policies & Procedures) werden fortlaufend überprüft und ggf. weiterentwickelt.

Den Beschäftigten wird über ein extern gehostetes, elektronisches Hinweisgebersystem auf geeignete Weise die Möglichkeit eingeräumt, geschützt Hinweise auf Rechtsverstöße oder Compliance-Verstöße im Unternehmen zu geben.

Feststellungen nach § 76 Abs. 4 bzw. § 111 Abs. 5 AktG

Der Vorstand hat am 19. Dezember 2018 gemäß § 76 Abs. 4 AktG die folgende Zielgröße für den Frauenanteil in der Führungsebene unterhalb des Vorstands festgesetzt: 28,6 %. Die entsprechende Zielgröße soll bis zum 31. Dezember 2022 erreicht werden. Im Berichtszeitraum wurde die festgesetzte Zielgröße noch nicht erreicht.

In der Sitzung vom 11. März 2019 hat der Aufsichtsrat beschlossen, dass die Zielgröße für den Frauenanteil im Aufsichtsrat die damalige Quote von 16,6 % in den nächsten 5 Jahren nach Datum der Beschlussfassung nicht unterschreiten soll. Mit Julia Heraeus-Rinnert gehört dem Aufsichtsrat bereits eine Frau an. In derselben Sitzung wurde weiterhin beschlossen, dass der Frauenanteil im Vorstand in den nächsten 5 Jahren nach Datum der Beschlussfassung mindestens 0,0 % betragen soll. Aktuell gehört keine Frau dem Vorstandsgremium an.

Angaben der creditshelf Aktiengesellschaft zu § 289f Abs. 2 Nr. 5 und Nr. 6 HGB sind nicht erforderlich, da die creditshelf Aktiengesellschaft nicht zu den berichtspflichtigen Gesellschaften nach diesen Vorschriften gehört.

Weitere Angaben zur Unternehmensführung

Aktionäre und Hauptversammlung

Die Aktionäre der creditshelf Aktiengesellschaft nehmen ihre Rechte in der Hauptversammlung der Gesellschaft wahr. Jede Aktie der creditshelf Aktiengesellschaft gewährt eine Stimme. Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind sämtliche Aktionäre berechtigt, die ihren Aktienbesitz zu einem bestimmten Datum im Vorfeld der Hauptversammlung (sog. Record Date) nachweisen.



Die Anteilseigner können ihr Stimmrecht in der Hauptversammlung entweder selbst ausüben oder durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl oder einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft ausüben lassen. Auf der Website der Gesellschaft stehen den Aktionären frühzeitig auch alle Dokumente und Informationen zur Hauptversammlung zur Verfügung. Um die Durchführung einer ordentlichen und zeitnahen Hauptversammlung auch in Zeiten der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Versammlungsbeschränkungen und Gesundheitsrisiken für die Aktionäre zu gewährleisten, macht die Gesellschaft von der Möglichkeit des Gesetzgebers Gebrauch, die Hauptversammlung virtuell durchzuführen.

Wertpapiergeschäfte von Vorstand und Aufsichtsrat, Insiderhandelsverbot

Nach Art. 19 Marktmissbrauchsverordnung sind die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats und ihnen nahestehende Personen gesetzlich verpflichtet, den Erwerb und die Veräußerung von Aktien der creditshelf Aktiengesellschaft oder sich darauf beziehende Finanzinstrumente offenzulegen, wenn der Wert der Geschäfte, die sie innerhalb eines Kalenderjahres getätigt haben, die Summe von 20.000 EUR erreicht oder überschreitet. Das gilt auch für bestimmte Mitarbeiter mit Führungsaufgaben.

Um Regelverstöße gegen das Insiderhandelsverbot nach Art. 14 Marktmissbrauchsverordnung zu vermeiden, werden von der creditshelf Aktiengesellschaft alle nach den gesetzlichen Regelungen als Insider anzusehende Personen in geeigneter Weise über die relevanten gesetzlichen Bestimmungen für den Handel mit Aktien des Unternehmens belehrt und gleichzeitig schriftlich aufgefordert, schriftlich zu bestätigen, dass sie über die relevanten gesetzlichen Bestimmungen für den Handel mit Aktien des Unternehmens informiert wurden. In den Vorschriften entsprechenden Insiderlisten werden diejenigen konzernangehörigen Personen und externen Dienstleister aufgenommen, die aufgrund ihrer Tätigkeit und Befugnisse bestimmungsgemäß Zugang zu Insiderinformationen haben.

Darüber hinaus führt die Gesellschaft sogenannte „Restricted Trading Lists“, auf denen alle Personen erfasst werden, die Aufgrund ihrer Arbeit mit Datenbanken der Gesellschaft potenziell Zugang zu nicht-öffentlichen Finanzinformationen kapitalmarktorientierter Kunden der Gesellschaft, d.h. Kreditnehmern und potenziellen Kreditnehmern, haben. Nach einer schriftlichen Belehrung über den jeweiligen Sachverhalt werden diese Personen kontinuierlich über das Weiterbestehen bzw. das Schließen der Listen nach Projektende oder Öffentlich werden der Finanzinformationen informiert.

Transparente Kommunikation

Wir informieren Aktionäre, Aktionärsvertreter, Analysten, Medien und die interessierte Öffentlichkeit regelmäßig und zeitnah über die aktuelle Geschäftsentwicklung und die Lage des Unternehmens. Mit dem Geschäftsbericht, dem Halbjahresfinanzbericht und den



Zwischenmitteilungen des 1. und 3. Quartals haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr insbesondere unsere Aktionäre regelmäßig über die aktuelle Geschäftsentwicklung sowie über die Finanz- und Ertragslage unterrichtet. Darüber hinaus nutzen wir zur Information unserer Aktionäre und aller anderen Personen, die Interesse am Unternehmen zeigen, unsere umfassende Internetseite, auf der wir beispielsweise neben unseren Finanzberichten einen Finanzkalender, Ad-hoc-Mitteilungen, Investorenpräsentationen und Pressemitteilungen veröffentlichen.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Der Einzelabschluss sowie der Lagebericht der creditshelF Aktiengesellschaft wird nach dem Handelsgesetzbuch aufgestellt, der Konzernabschluss und Konzernlagebericht der creditshelF Aktiengesellschaft nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Der Einzelabschluss und der Konzernabschluss wurden von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Grant Thornton AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main geprüft.

2.6.2. Angaben gemäß §§ 289a, 315a Abs. 1 HGB und erläuternder Bericht gemäß § 176 Abs. 1 Satz 1 AktG

Der Vorstand macht nachfolgend die nach den §§ 289a, 315a Abs. 1 HGB vorgeschriebenen Angaben und erläutert diese zugleich gemäß § 176 Abs. 1 Satz 1 AktG.

Zusammensetzung des Grundkapitals

Das Grundkapital der creditshelF Aktiengesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2021 1.376.251,00 EUR und ist in 1.376.251 auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt. Mit allen Aktien sind die gleichen Rechte und Pflichten verbunden. Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Sämtliche Aktien sind in gleicher Weise gewinnanteilsberechtig. Die Gesellschaft hält zum 31. Dezember 2021 keine eigenen Aktien. Die Rechte und Pflichten der Aktionäre ergeben sich im Übrigen aus den Regelungen des Aktiengesetzes sowie der Satzung der Gesellschaft.

Direkte und indirekte Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Direkte und indirekte Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind dem Vorstand der creditshelF Aktiengesellschaft nicht bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten

Bezüglich Angaben zu Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten, wird auf die Anhangangabe 15 verwiesen.



Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestehen bei der Gesellschaft nicht.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und Ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Nach Kenntnis des Vorstands können die am Kapital der creditshelf Aktiengesellschaft beteiligten Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnen, die ihnen aus den Aktien zustehenden Kontrollrechte unmittelbar nach den Bestimmungen der Satzung und des Gesetzes ausüben.

Gesetzliche Vorschriften und Bestimmungen der Satzung über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und über die Änderung der Satzung

Die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern sind in den §§ 84 und 85 des AktG in Verbindung mit § 6.1 der Satzung geregelt. Danach werden Vorstandsmitglieder vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Nach § 6 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus einer oder mehreren Personen. Die Anzahl der Mitglieder des Vorstands bestimmt der Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat kann einen Vorsitzenden des Vorstands ernennen.

Die Änderung der Satzung ist gesetzlich in den §§ 133 ff., 179 ff. des AktG geregelt. Diese bedarf grundsätzlich eines Beschlusses der Hauptversammlung. Der Beschluss der Hauptversammlung bedarf einer Mehrheit, die mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenden Grundkapitals umfasst. Die Satzung kann eine andere Kapitalmehrheit, für eine Änderung des Gegenstands des Unternehmens jedoch nur eine größere Kapitalmehrheit bestimmen. Von diesem Recht wurde in der Satzung der creditshelf Aktiengesellschaft jedoch kein Gebrauch gemacht. Nach § 13.2 der Satzung ist der Aufsichtsrat ermächtigt, Änderungen oder Ergänzungen der Satzung zu beschließen, die nur die Fassung betreffen.

Gemäß § 18 der Satzung der Gesellschaft werden Beschlüsse der Hauptversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Mehrheit des Grundkapitals gefasst, soweit nicht nach zwingenden gesetzlichen Vorschriften oder der Satzung der Gesellschaft eine größere Mehrheit erforderlich ist. Stimmenthaltung gilt nicht als Stimmabgabe.

Befugnisse des Vorstands Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand kann neue Aktien nur auf Grundlage von Beschlüssen der Hauptversammlung über eine Erhöhung des Grundkapitals oder über genehmigte und bedingte Kapitalien ausgeben. Der Erwerb eigener Aktien ist in den §§ 71 ff. AktG. geregelt und in bestimmten Fällen kraft Gesetzes oder aufgrund einer Ermächtigung der Hauptversammlung zulässig. Eine Ermächtigung, eigene Aktien zu erwerben, liegt dem Vorstand nicht vor.



Genehmigtes Kapital zum Stichtag 31. Dezember 2021

Am 25. Januar 2021 hat der Vorstand der creditshelf Aktiengesellschaft beschlossen, für eine weitere Wandlung der aus den zu Beginn des Geschäftsjahres 2019 eingeführten aktienbasierten Mitarbeiter-Anreizprogramme (Restricted Stock Units Programs) bereits bestehenden Ansprüche in Aktien das Grundkapital der Gesellschaft um 15.912,00 EUR durch 15.912 neue auf den Inhaber lautenden Stückaktien ohne Nennbetrag und unter Ausschluss des Bezugsrechts zu erhöhen. Ferner wurde beschlossen, dass die Aktien zum geringsten Ausgabebetrag von je 1,00 EUR je Aktie ausgegeben werden und für das gesamte Geschäftsjahr 2020 erstmals gewinnberechtigt sind. Diesem Beschluss hat der Aufsichtsrat am 28. Januar 2021 per Umlaufbeschluss zugestimmt. Am 09. Februar 2021 wurden die neuen Aktien im Handelsregister eingetragen und am 17. Februar 2021 in den Handel im regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse mit identischer Wertpapierkennnummer (WKN) wie die alten Aktien aufgenommen.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 10. Mai 2021 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft in der Zeit bis zum 09. Mai 2026 (einschließlich) mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmalig oder mehrmals um insgesamt bis zu 688.125,00 EUR durch Ausgabe von bis zu 688.125 neuen auf den Inhaber lautende Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen.

Die neuen Aktien sind grundsätzlich den Aktionären zum Bezug anzubieten; sie können auch von Kreditinstituten oder Unternehmen im Sinne von § 186 Abs. 5 Satz 1 AktG mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats ganz oder teilweise auszuschließen,

- (i) um Spitzenbeträge unter Ausschluss des Bezugsrechts zu verwerten;
- (ii) bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen, insbesondere im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder zum Zwecke des (auch mittelbaren) Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen, Beteiligungen an anderen Unternehmen oder von sonstigen Vermögenswerten oder Ansprüchen auf den Erwerb von Vermögenswerten;
- (iii) um Aktien (1.) an Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft oder (2.) als Belegschaftsaktien an Arbeitnehmer der Gesellschaft sowie Arbeitnehmer von verbundenen Unternehmen der Gesellschaft auszugeben, im Hinblick auf Arbeitnehmer auch unter Wahrung der Anforderungen des § 204 Abs. 3 AktG;
- (iv) wenn die neuen Aktien gegen Bareinlage ausgegeben werden und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenkurs der bereits börsennotierten Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabetrags, die möglichst zeitnah zur Platzierung der Aktien erfolgen soll, nicht wesentlich unterschreitet und der rechnerisch auf



die neuen Aktien entfallende Anteil am Grundkapital insgesamt die Grenze von 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieser Ermächtigung noch im Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung übersteigt. Auf diese Begrenzung sind diejenigen Aktien anzurechnen, die während der Wirksamkeit dieser Ermächtigung bis zum Zeitpunkt ihrer jeweiligen Ausübung aufgrund anderer Ermächtigungen in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ausgegeben oder veräußert wurden bzw. auszugeben sind. Ebenfalls anzurechnen sind diejenigen Aktien, die von der Gesellschaft aufgrund von zum Zeitpunkt der jeweiligen Ausübung der Ermächtigung ausgegebenen Wandel-/Optionsschuldverschreibungen ausgegeben wurden beziehungsweise noch ausgegeben werden können, sofern die Wandel-/Optionsschuldverschreibungen nach dem Wirksamwerden dieser Ermächtigung in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre durch die Gesellschaft oder ihre Konzerngesellschaften ausgegeben wurden.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhungen aus dem Genehmigten Kapital und ihrer Durchführung, insbesondere den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienausgabe, festzulegen.

Bedingtes Kapital

Das Grundkapital ist um bis zu 688.125,00 EUR bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird durch Ausgabe von bis zu 688.125 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahrs ihrer Ausgabe nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber beziehungsweise Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen oder von Optionsscheinen aus Optionsschuldverschreibungen, die aufgrund der Ermächtigung des Vorstands durch die Hauptversammlung vom 09. Mai 2026 (einschließlich) begeben werden, von ihrem Wandlungs-/Optionsrecht Gebrauch machen, ihrer Wandlungs-/Optionspflicht genügen oder Andienung von Aktien erfolgen und soweit nicht andere Erfüllungsformen zur Bedienung eingesetzt werden. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu den nach Maßgabe des vorstehend bezeichneten Ermächtigungsbeschlusses jeweils zu bestimmenden Wandlungs-/Optionspreisen.

Der Vorstand wird ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Zwischen der Gesellschaft und der Raisin Bank AG, die als sogenannte Fronting Bank mit Vollbanklizenz die entsprechenden Kredite vergibt, besteht eine Kooperationsvereinbarung mit



entsprechender Vergütungsabsprache, die auch in bestimmten Fällen eines Eigentümerwechsels (sog. Change of Control) Zahlungen bzw. Kündigungsrechte vorsieht.

Entschädigungsvereinbarungen mit den Mitgliedern des Vorstands oder mit Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots gemäß § 315a Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 HGB bestehen nicht.